

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Fachvertriebsverkehr 2.15 Mk. in Württemberg
2.20 Mk. vierteljährlich, hiezu Postgebühren 90 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg., die Bar-
monatsweise oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 16

Samstag, abend den 18. Januar 1919

36. Jahrgang.

Sonntagsgedanken.

Der Sonne zu!

Immer der Sonne zu,
räftig und ohne Ermatten!
So mir bringest du
hinter dich deinen Schatten!

Wochenrundschau.

In zwei süddeutschen Staaten sind am 12. Januar, zum ersten Mal in der Wahlgeschichte dieser Länder an einem Sonntag, die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung vorgenommen worden: in Württemberg und Bayern. Die Wahlen in Württemberg hatten ein Ergebnis, das demjenigen in Baden am 5. Januar in der Hauptsache recht ähnlich ist. Kennzeichnend ist das starke Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen auf Kosten der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums, dessen Wählerzahl verhältnismäßig gleich geblieben ist; die Zahl aller Wahlberechtigten zur Landesversammlung ist gegenüber den Wahlen von 1912 um etwa 2,7 Prozent gestiegen und um ebenso viel hat sich die diesmalige Stimmenzahl des Zentrums gegen jene Wahl vermehrt. Weitens die stärkste Partei der Landesversammlung wird die der Mehrheitssozialdemokratie sein, die 52 Mandate oder 34,6 Prozent aller Sitze erobert hat. Aber sie verfügt doch nur über ein starkes Drittel aller Stimmen der Versammlung. Am nächsten kommt ihr die Deutsche demokratische Partei mit 38 Abgeordneten oder 25,3 Prozent, dann folgt das Zentrum mit 31 Abgeordneten (rund 20,6 Prozent), die Bürgerpartei mit dem Bund der Landwirte und Weinbauern, da deren Wahlzettel verbunden waren, mit 25 Mandaten (16,6 Prozent) und in weitem Abstand steht die Partei der Unabhängigen (4 Mandate, 2,6 Prozent). Die bürgerlichen Anstöße, die von den Unabhängigen in Stuttgart in voriger Woche in der Absicht, die Wahl überhaupt unmöglich zu machen, in heller Verblendung verübt worden sind, haben jedenfalls nicht dazu beigetragen, ihre Reihen zu stärken, ganz abgesehen von dem Widerspruch, Wahlen hintertreiben zu wollen und sich doch an ihnen zu beteiligen. In der Landesversammlung werden die freien Berufe (Rechtsanwälte, Parteisekretäre,

Schrittsteller usw.) 47 Abgeordnete haben, Staats- und Gemeindebeamte, Geistliche und Lehrer 44, die Landwirte 17, die Arbeiterklasse 17, Industrie, Gewerbe und Handel 16, das Handwerk 4. Auch 13 Frauen werden in der Landesversammlung sitzen und zwar von der Deutschen Partei 5, von der Sozialdemokratie 4, vom Zentrum 3 und von den Unabhängigen 1. Voraussichtlich werden der Präsident der sozialdemokratischen, die Vizepräsidenten der demokratischen und der Zentrumspartei entnommen. Die Eröffnung der Versammlung findet am 23. Januar nachmittags 4 Uhr statt.

In Bayern hat die Feststellung des Wahlergebnisses wegen der ziemlich unständlichen Wahlart einige Tage in Anspruch genommen und es ist auch jetzt noch unvollständig, da die Rheinpfalz erst am 2. Februar wählen kann. Einschließlich der Pfalz sind 163 Abgeordnete zu wählen, wozu noch 17 Landesabgeordnete kommen, die nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen auf die Parteien verteilt werden. Im rechtsrheinischen Bayern fielen nun einschließlich der Landesabgeordneten auf die Bayerische Volkspartei (Zentrum) 58, auf die Mehrheitssozialisten 51, auf die Deutsche Volkspartei (Liberalen und Demokraten) 22, auf den Bayer. Bauernbund 17, auf die Nationalliberalen und Bayer. Mittelpartei (Konservative und Bund der Landwirte) 5 — nicht 10, wie der Telegraph zuerst irrtümlich gemeldet hatte —, auf die Unabhängigen Sozialdemokraten 3 Mandate. Auf das Zentrum entfallen demnach bis jetzt 36,3 Prozent (1912 43 Prozent), Sozialdemokratie 31,7 (27), Deutsche Volkspartei 14 (21), Bauernbund 10,9 (4), Nationallib. und Mittelpartei 3,7 (5) und die Unabhängigen 2,6 (—) Prozent der Kommerzien. Das Zentrum hat seine absolute Mehrheit verloren, aber auch die Sozialdemokratie wird selbst im Falle einer Verbindung mit der Deutschen Volkspartei nicht die Mehrheit haben. Die ausschlaggebende Stellung nimmt der Bayer. Bauernbund ein, der in verfassungspolitischen Fragen ebenso weit links wie in kulturpolitischen und namentlich wirtschaftlichen Fragen rechts steht. Daraus ergibt sich eine eigenartige Kombination, eine bayerische Spezialität.

Am 19. Januar wird ganz Deutschland zur Wahl schreiten, um die vielbegehrte und vielumstrittene Deutsche Nationalversammlung auf die Beine zu bringen. Es werden nicht mehr so viele Parteien auftreten wie früher. Die verschiedenen rechtsstehenden Parteien haben sich zur Deutsch-nationalen Volkspartei — in Württemberg Bürgerpartei — vereinigt, daneben geht in

Norddeutschland die Deutsche Volkspartei (Nationalliberalen) und Fortschritt. Volkspartei erscheinen als Deutsche demokratische Partei (in Bayern Deutsche Volkspartei, die nicht mit der gleichnamigen Partei der Nationalliberalen in Norddeutschland zu verwechseln ist), das Zentrum heißt Christliche Volkspartei, und die Sozialdemokratie erscheint in doppelter Gestalt als Mehrheitssozialisten und Unabhängige. Die Trennung vollzog sich bekanntlich erst während des Kriegs. Beide Parteien werden getrennt vorgehen. Die Spartakisten wollen sich anscheinend an der Wahl nicht beteiligen, was von ihrem Standpunkt aus wenigstens folgerichtig wäre. In ganz Deutschland werden etwa 2500 Kandidaten aufgestellt sein, von denen 433 gewählt werden. Von den bürgerlichen Parteien haben die Deutsch-Nationalen, Nationalliberalen und Zentrum vielfach ihre Listen verbunden, die demokratische Volkspartei und die Sozialdemokraten gehen für sich allein vor. Die französische Diktatur hat Elsaß-Lothringen die Wahlteilnahme nicht gestattet, die 12 reichsständischen Abgeordneten werden also in Weßling kommen. Wie es in Polen, das die Polen „verwalten“, sein wird, läßt sich noch nicht sagen. Wahrscheinlich wird auch auf die seitherigen 18 polnischen Vertreter des Reichstags verzichtet werden müssen.

In Baden, Württemberg und Bayern sind die Wahlen zu den Landesversammlungen ohne Störungen verlaufen. Freilich, an Versuchen dazu hat es bis zum Vorabend nicht gefehlt, in Stuttgart und München ist sogar nicht wenig Blut geflossen. Aber als die Störversuche merkten, daß die Regierungen auch Ernst machen können, da ließen sie es auf weitere Geduldssproben lieber nicht ankommen und verhielten sich über die Wahl ruhig. Die Hauptaufwiegler sind wenigstens zum Teil vorläufig hinter Schloß und Riegel gesperrt, bis ihr erhitztes Blut sich wieder etwas beruhigt. Vossentlich kann auch die Wahl zur deutschen Nationalversammlung ruhig vor sich gehen. In Berlin ist der Hauptherd der Gegenrevolution so ziemlich unterdrückt und der Spartakismus hat eine schwere und blutige Niederlage erlitten. Aber tot ist er nicht. Er wird jede Gelegenheit benutzen, um den glimmenden Funken wieder zur lohenden Flamme anzuzufachen und wo es irgend möglich ist, auch die Wahlen zu hintertreiben. In Berlin wird es wohl kaum gelingen. Da hat man 5 Divisionen von auswärts herankommen lassen und die Berliner Garnison hat sich endlich auch auf die Seite der Reichsregierung gestellt, als sie sah, daß es mit der Herrschaft der Spartakisten zu Ende aeh. Der Haupt-

Ein Deutscher

Von Otto Kuppina.

„O, Sie haben mit der einfachen Angabe noch nicht genug!“ gab der Agent, grimmig lachend, zurück. „Sie lassen alles hören, damit Sie sich nicht zu heilig haben. Es war am Abend nach dem Engagement der Miß Meyer, daß ich in einem deutschen Lokale von der vorzüglichen Konfektion, die mir gelungen, sprach und von einem jungen Manne angerebet wurde, der sich nach einem Mr. Reichardt, dem bisherigen Beschützer der jungen Lady, erkundigte. Es konnte mir nur lieb sein,“ fuhr er, das Gesicht zu einem häßlichen Lächeln verziehend, fort, „etwas über die Vergangenheit unseres neuen Mitgliedes zu hören, und ich erfuhr wohl auch alles, was nötig ist, um die Art des bisher schon bestandenen Geschwisterverhältnisses zu verstehen. Verlangen Sie noch mehr Erläuterungen, Sir?“

In Reichardts Gesicht war langsam ein dunkles Rot gestiegen, aber er hielt sich nicht an sich. „Sie werden weder Miß Meyer noch mich mit Ihren Andeutungen beschimpfen können,“ sagte er, „nur sich selbst, Sie! Sie lassen ein Verhältnis der schlimmsten Art ahnen und denken doch daran, derselben Lady Ihre Hand zur Ehe zu bieten. Sie beschimpfen sie, während Sie die Antwort auf Ihren Antrag erwarten. Wegen Sie mein Verhältnis zu Miß Meyer zu rechtfertigen, holte ich völlig unter meiner Würde. Was die Lady betrifft, deren Ehre zu vertreten ich kaum ein Recht habe, so wird Ihnen morgen früh die gebührende Antwort werden.“

„Gut an!“ rief der Amerikaner mit funkelnden Augen, als Reichardt Miene machte, das Zimmer zu verlassen. „Sie glauben mir alles das so ohne weiteres sagen zu dürfen? Sie fürchten sich, mir das Wort „Lügner“ ins Gesicht zu werfen und wollen auf Umwegen davon jähzählen.“

„Bleiben Sie mir vom Leibe, Sir!“ unterbrach ihn Reichardt, nach dem Handgelenk seines Gegners fassend, der die Faust dicht vor seinem Gesichte erhob. „Dieser rang einen Moment mit verbissenen Lippen, um seine Hand zu befreien, und nahm dann einen kurzen Anlauf zum Stöße in Reichardts Gesicht. Eine kräftige Armbeugung des Letzteren warf den Amerikaner zwei Schritte zurück. Zugleich aber saßen Reichardts Hände, mechanisch eine Waffe suchend, nach dem Tische — er sah den Ausdruck der vollen Wut in seines Gegners Gesichte, sah diesen mit hochgezogenen Schultern eine Boyer-Stellung annehmen und wußte, daß er dessen Kräfte in keiner Weise gewachsen war. Seine Finger fühlten den Griff eines großen Messers. „Bleiben Sie mir vom Leibe, oder es geht nicht gut!“ rief er, als er den Agenten lauernd einen halben Schritt gegen sich tun sah, aber im nächsten Moment schon führte dieser mit vorgehaltenem linken Arme einen Faustschlag gegen ihn — ein kurzer Aufschrei erfolgte, der Angreifer taumelte zurück und brach in sich zusammen; in Reichardts Hand aber bligte das große Lächeln, das er erfaßt und zu seinem Schutze vorgestreckt hatte.

Eine Minute lang herrschte Totenstille in dem darüber klangenden Räume — nur aus dem „Bar-Room“ herüber klangen lärmende Stimmen und lautes Gelächter — Reichardt stand bewegungslos wie eine Statue, auf den am Boden liegenden Mann blickend. Wühlend aber schien das volle Bewußtsein dessen, was geschehen, über ihn zu kommen. Sein Gesicht wurde leichenbleich, und das Messer entfiel seiner Hand. „Er hat es selbst getan, er selbst!“ presste es sich in heiserem Tone aus seiner Brust. Da fühlte er seine Schulter berührt und er fuhr in einem Schreden, der alle seine Glieder durchzuckte, auf. „Machen Sie, daß Sie fortkommen, Sir,“ hörte er, „ich habe gesehen, wie alles gekommen ist, aber des schwarzen Mannes Ergebnis gilt so viel als nichts, und Sie werden als Feind einer bösen Sache haben!“

„Ich hab's nicht getan — aber fort, fort, es ist wahr!“ rief Reichardt, wie von Entsetzen gepackt einen neuen Blick auf den regungslosen Körper werfend. „Nehmt mir, nehmt mir, ich zahle es Euch gut!“ wandte er sich dann hastig an den Neeger. „Schließt die Tür hier und holt meinen Koffer und Violinkasten von Nr. 5. Es ist ein kurzer Weg, um das Gepäck bis zum Fluße zu schaffen, und ich finde sicher ein Boot, das mich mit fortnimmt!“ Er riß sein Portemonnaie aus der Tasche und griff von den beiden Zehndollars-Goldstücken, welche er neben einigen Papiergelder noch besaß, eins heraus und reichte es mit fliegender Hand dem Schwarzen.

„Es wäre schon recht, Sir,“ erwiderte dieser ängstlich mit der Hand zuckend, als dürfte er das Gebotene nicht berühren, „ich kann aber nicht so weit vom Hause weg, ohne bemerkt zu werden, und es muß doch auch für den Bräutigam hier geforgt sein — zwei Straßen von hier halten Mietkutschen, bis dahin wollte ich das Gepäck wohl schaffen.“

„Gut, also bis dahin — Ihr findet dort mich und Eure zehn Dollars!“

Reichardt sah noch, wie der Schwarze die Gaslampe ausdrehte, und hatte dann im fliegenden Schritte das Haus verlassen, den Weg nach der bezeichneten Gasse einschlagend. In seinem Kopfe begann es wie ein rundum zu gehen. Nur hier und da noch fiel aus einem der Bertankelokale ein Schein auf die dunkle Straße, und fast hätte er die wenigen noch bereit stehenden Wagen passiert, ohne sie zu bemerken. Er stellte sich dicht am Ende des Ganges auf und ließ den Blick scharf nach dem Hotel hinabsehen. Daneben aber schwebten dunkle Bilder, er vollbrachte noch, die mögliche Entdeckung, seine Gegenwärtigkeit und Mißlose Lage im fremden Lande, vor seiner Seele, ohne indessen zur bestimmten Form gelangen zu können, und erst als er eine breite Gestalt mit einer Axt auf der Schulter daher kommen sah, war er im Stande, sich der verhängenden Vorstellungen zu entziehen.

hücher Viehfrucht ist auf der Mühe erschossen worden und an der „blutigen Noia“ hat eine emporsteigende Menschenmenge barbarische Lynchjustiz geübt. Aber im Laube Braunschweig, in Düsseldorf, Bremen, in der neuesten „Republik Cuxhaven“ und in einigen anderen Städten üben die Sozialisten noch ihre uneingeschränkte Gewalt herrschaft aus und es ist wahrscheinlich, daß sie es dort nicht zum Wähler kommen lassen.

Es muß doch aber endlich einmal wieder zu geordneten und gesetzmäßigen Verhältnissen im Reich kommen. Sollen wir denn weiter von Polen, Litwen, Polen und Tschechen Schindluder mit uns treiben lassen? Leider erfährt man über die trostlose Lage im Osten immer noch blutwenig, und was tropfenweise amtlich bekannt gegeben wird, das ist meist unverständlich. Endlich hat man erfahren, daß die Polen die preussische Provinz Posen in polnische Verwaltung genommen haben. Das ist aber schon vor einiger Zeit geschehen, denn schon vor 14 Tagen wurde in einer an Kavität grenzenden amtlichen Mitteilung ganz kurz mitgeteilt, der Oberpräsident und der Regierungspräsident von Posen seien „zurückgetreten“. Sie sind von den Polen davongeflohen worden. Eine Handvoll deutscher Freiwilligen liefert den polnischen Heeren da und dort verzeufelte Gefechte, die eigentlichen Truppen aber rühren sich nicht oder verweigern den Dienst, wie nun leider aus einem Bericht der Obersten Heeresleitung bekannt wird. Die deutschen Besatzungstruppen im kornen Osten sind von der Heimkehr auf dem Landweg abgeschnitten, werden von dem feindlichen Gesindel oft bis auf Hemd ausgeraubt und müssen die gnädige Heimbeiderung von unseren Feinden erbetteln. Die Reichsregierung hat nun wohl einen Aufruf zur Bildung von Freiwilligenkorps zum Schutz der Grenzen und zur Hilfe für die abgeschnittenen Kameraden erlassen, aber viel Erfolg scheint der Aufruf nicht gehabt zu haben. Sind denn für diese doch nicht ganz unwichtigen Zwecke keine regulären Truppen in Deutschland mehr aufzutreiben? Die Nationalversammlung wird da doch der Sache auf den Grund gehen müssen, wenn es nicht zu spät ist. Sie soll am 6. Februar einberufen werden und wird ihre eigentliche parlamentarische Tätigkeit wohl kaum vor Mitte Februar beginnen können.

Auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung warten der Nationalversammlung schon zwei wichtige Entwürfe: die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 und die Abgabe von Vermögenszuwachs während des Kriegs. Der erstere Entwurf kommt nur in Betracht, wenn die von der Regierung in erster Linie ins Auge gefasste allgemeine große Vermögensabgabe von der Nationalversammlung abgelehnt würde. Dann würde im Anschluß an die gleiche Besteuerung im Vorjahr von dem im letzten Kriegsjahr erzielten Mehreinkommen (gegenüber dem letzten Friedensjahr) eine Abgabe von 5 bis 50 vom Hundert je nach Höhe des Mehreinkommens erhoben und dazu vom Vermögen eine Abgabe von 1 bis 5 vom Tausend. Da aber kaum zu bezweifeln ist, daß die allgemeine Vermögensabgabe die Zustimmung der Landesparlamente findet, dürfte die Neuauflage der vorjährigen Kriegssteuer entfallen. Wichtiger ist das Gesetz über die Abgabe vom Vermögenszuwachs oder dem Kriegsgewinn. Hier sind die Steuersätze für größere Gewinne derart gestaffelt, daß tatsächlich der ganze Kriegsgewinn, und wenn er viele Millionen beträgt, in den Reichssäckel wandert, — wenn noch etwas zu finden ist. Der Kriegs-

gewinn, vom Jahr 1914 bis 1918 gerechnet, wird in der Höhe von 10 000 bis 500 000 mit einer stufenweise steigenden Abgabe von 10 bis 80 vom Hundert belastet. Jeder Betrag, der über 500 000 Mark hinausgeht, muß bis auf den letzten Pfennig an die Reichskasse abgeführt werden. Hat jemand 10 000 Mark Kriegsgewinn d. h. um so viel über einen gewissen Geschäftsertrag in Friedenszeiten übersteigenden Gewinn gemacht, so bezahlt er 10 Prozent oder 1000 Mark an die Reichskasse, bei 100 000 Mark 30 500 Mark, bei 200 000 Mark 80 500 Mark, von 3 bis 500 000 Mark 80 Prozent, also bei einem Gewinn von 500 000 Mark 300 500 Mark, es bleiben dem Kriegsgewinnler also, da, wie bemerkt, jeder Gewinn von 500 000 Mark ab höher ganz abgeliefert werden muß, im höchsten Fall 199 500 Mark, einerlei ob er einen Gewinn von 500 000 Mark oder 50 Millionen Mark hat. Anschaffungen von Wertgegenständen über 5000 Mark werden in den Gewinn eingerechnet, müssen also ebenfalls entsprechend versteuert werden. So sieht die Sache auf dem Papier. Wie es in Wirklichkeit ist, ist eine andere Frage. Zwar trifft das Gesetz Vorkehrungen gegen den Verluh, Vermögenssteuern auf die Seite zu schaffen und der Abgabe zu entziehen, aber es wird da in vielen Fällen gehen wie bei den Verordnungen gegen das Humstern und die Schwarzschlachtungen. Die einen erwischen man, die anderen nicht, und diese letzteren brauchen nicht gerade immer die unbedeutenderen zu sein. Sodann aber darf nicht übersehen werden, daß ein großer Teil wenigstens der in den ersten Kriegsjahren durch die Verkürzung der Arbeitszeit und die erhöhten Löhne — was bei Knapp v. B. eine tägliche Belastung von 1½ Millionen ausmacht — ausgezehrt worden ist. Beim Ertrag der Kriegsgewinnabgabe für das Reich wird das sehr ins Gewicht fallen.

In Trier sind am 15. Januar die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstands um einen Monat bis zum 17. Februar geführt worden. Staatssekretär Erzberger überreichte dem Marschall Foch einen schriftlichen Protest gegen die übertriebenen, unerfüllbaren Forderungen der Verbündeten und die unmenlichliche Behandlung Deutschlands. Aber genügt hat der Protest nicht viel. Die Galgenfrist von einem Monat mußten wir, wie zu erwarten war, sehr teuer erkaufen. Zur „Strafe“, daß wir das Eisenbahnmateriale nicht vollständig zur rechten Zeit in tadellosem Zustand — nach 4½-jährigem Kriegsgebrauch! — abgeliefert haben, müssen wir weitere 500 Lokomotiven und 19 000 Wagen zu den ersten 100 Lokomotiven und 150 000 Wagen hergeben. Da aber die Verbündeten auch Menschen sind so wollen sie, da sie die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser neuen Auflage einsehen, ein übriges tun und in ihrer Herzengüte uns gestatten, die 500 Lokomotiven und 19 000 Wagen durch landwirtschaftliche Ma-

schinen zu ersetzen, nämlich durch 90 vollständige Dampfzüge mit allem, was dazu gehört, 6500 Sämaschinen, 6500 Düngerkreuzmaschinen, 6500 Pflüge, 6500 Prabantpflüge, 12 500 Eggen, 6500 Messerregen, 2500 Stahlwalzen, 2500 Großflills (Wenden), 2500 Grahmähmaschinen, 2500 Heubender, 3000 Bindmähler — alles in tadellosem Zustand. Mit anderen Worten, es soll nicht nur unser Eisenbahnwesen ruiniert, sondern auch die Landwirtschaft zugrunde gerichtet werden. Die abberlangten Maschinen werden schwer anzutreiben sein, und mit welchen Hilfsmitteln sollen dann unsere Landwirte arbeiten? Die Betriebe sind ohnedies in Beziehung auf Geräte, Düngung usw. der Nachhilfe bedürftig. Neue Maschinen werden erst nach einiger Zeit zu beschaffen sein; es muß eben so viel Dringendes neu beschafft werden und dazu nimmt oder verteuert uns der Feind die Rohstoffe. Und was werden die neuen Maschinen kosten! Es geht gar nicht anders, als daß sie samt und sonders vom Reich beschafft werden. Die Landwirtschaft ist dazu von sich aus außerstande, es wäre auch eine Ungerechtigkeit, die Kosten der Verlängerung des Waffenstillstands die Landwirtschaft bezahlen zu lassen. Die Großmüt unserer Feinde, das muß man sagen, kann einem das Blut in den Adern erstarren machen. Nebenbei wird auch das rechtsrheinische Gelände von Straßburg besetzt und die neutrale Zone entsprechend weiter ins Badener Land hineingeschoben. Einige andere Bestimmungen räumen dem Feind weitere Gelegenheiten, sich in deutsche Besitztüme einzumischen, ein. Die Forderungen sind von der deutschen Kommission angenommen und der Vertrag ist am Donnerstag nachmittag unterzeichnet worden. An Entschädigungen will Marschall Foch, wie Staatssekretär Erzberger mitteilte, für Frankreich „nur“ 30, für Belgien 20 Milliarden Mark verlangen. Wie wir das bezahlen sollen, ist vorläufig noch nicht ganz klar.

(*) Karlsruhe, 17. Jan. Wie verlautet, soll das Karlsruher südliche Kasernen von den Franzosen besetzt werden, und zwar ist seitens der Entente beabsichtigt, 60 Mann hier zu legen. Diese Maßnahme ist eine Folge des kürzlichen Beschlusses der Entente, die Kontrolle auf dem Rhein zu verschärfen und auch auf das rechte Rheinufer auszudehnen.

(*) Karlsruhe, 17. Jan. Aus Kopenhagen ist der badische Volksvertreter folgendes Telegramm zugegangen: „Eine Gruppe Auslandsdeutscher aus Holland und Indien, herzlich erfreut über das Wahlergebnis, sendet den Badenern deutschen Gruß. Deutsche im ganzen Reich folgt dem Badener Vorbild.“

(*) Mannheim, 17. Jan. Zum Zwecke der Kontrolle der Rheinischfahrt hat die Entente die hiesigen Kasernenanlagen mit Soldaten besetzt.

(*) Mannheim, 17. Jan. In einem unhöflichen Vorfall ist es hier dadurch gekommen, daß wieder von Kindern nach den Kraftwagen mit franz. Offizieren mit Steinen geworfen worden ist. Der Kommandeur des Sammelagers hat darüber Beschwerde geführt, auch darüber, daß das Sammelager fortwährend von Frauen, Mädchen und jungen Burken umlagert werde.

(*) Wiesloch, 17. Jan. Der Arbeiter Werner aus Kusloch, Vater von 6 Kindern, sprang aus der fahrenden elektrischen Bahn ab und kam unter die Räder. Ein Bein wurde vollständig abgedrückt.

(*) Mosbach, 17. Jan. Der in der Nähe von Taubertshausheim ansässige Landwirt Fr. Endres war im September vorigen Jahres vom hiesigen Landgericht wegen übermäßiger Preissteigerung, Kettenhandels usw. zu insgesamt 20 000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Die von dem Angeklagten gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde vom Reichsgericht verworfen mit der Maßgabe, daß nötigenfalls anstelle der Geldstrafe eine Gefängnisstrafe tritt, die jedoch 2 Jahre nicht überschreiten darf.

(*) Pforzheim, 17. Jan. Auf eine von hier aus an den Staatssekretär Erzberger wegen der Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen gesandte Anfrage ist folgende Antwort gekommen: „Der sofortige Rücktransport der Gefangenen ist der vornehmste Punkt der jetzigen Trierer Verhandlungen.“

(*) Pörrach, 17. Jan. Nach Blättermeldungen wird der Verkehr in badischen Bahnhof Basel am 1. Februar wieder aufgenommen werden. Von diesem Zeitpunkt an werden die Züge Freiburg—Basel und Basel—Konstanz sowie die Züge von und nach Basel—Wiesental wieder im Friedenszeiten, wenn auch nicht in jenem ausgedehnten Maße verkehren. Die Passkontrolle soll nicht mehr an der Grenze, sondern für alle Reisende nach Basel und nach der Schweiz im badischen Bahnhof Basel vorgenommen werden.

(*) Stuttgart, 17. Jan. (Die Unabhängigen.) Unter der Stichmarke „Die Abrechnung“ veröffentlicht der „Sozialdemokrat“, das Organ der Unabhängigen, einen langen Bericht über die am Sonntag im Sieglehaus statt gefundene Versammlung. Dabei erwähnte der frühere Minister des Innern, Crispian, daß er sich an dem Tag der Arbeitslosen demonstration in die Kaserne beggeben habe. Dort habe er, als er an die Soldaten einige Worte richtete, großen Widerspruch erfahren. Das Häßel habe sich gelöst, als ein Soldat mitgeteilt habe, daß dies meist als Soldaten eingeleitete Offiziere und Studenten gewesen seien. Auch sei ihm mitgeteilt worden, daß der Prinz von Schaumburg-Lippe, der Sohn des Herzogs Albrecht und ein Herzog von Urach sich als Soldaten haben eintreten lassen und an der Schießerei am letzten Freitag beteiligt gewesen seien. Ein Redner aus der Versammlung teilte mit, daß den Soldaten für die Scherengedienste 35 Mk. pro Tag geboten worden seien.

(*) Stuttgart, 17. Jan. (Stimmen zur Wahl.) Zu dem Ergebnis der Wahlen zur württ. Landesversammlung schreibt die „Schwäbische Tagwacht“: „Das Urteil des württ. Volks ist ein glänzendes Ehrenzeugnis für die alte Sozialdemokratie. Aber die Wahl würde geradezu zu einem Triumph der Sozialdemokratie in dem nicht hochindustriellen Württemberg geführt haben, wenn die Arbeiterklasse nicht zersplittert worden wäre, wenn

man ein Teil von ihr den Boden der getunden Vernunft verlassen und den Feinden der Demokratie und des Sozialismus die Waffen in die Hand gespielt hätte.“ — Der „Beobachter“ äußert sich folgendermaßen: „Die zweitgrößte Partei ist die Deutsche demokratische Partei mit 38 Sigen; zusammen mit den Sozialdemokraten — ohne die „Unabhängigen“ — vermag sie die Mehrheit mit 10 Stimmen zu bilden. Zentrum und die ganze Rechte sind mit zusammen 56 Sigen nicht imstande, eine reaktionäre Politik zu machen. Doch kann die demokratische Partei, zusammen mit ihnen, überführte sozialdemokratische Experimente aushalten.“ — Das „Deutsche Volksblatt“ schreibt: „Das Zentrum hat statt 102 544 Stimmen diesmal 273 192 Stimmen erhalten, somit seine Stimmzahl um das 2,7fache erhöht. Diese 2,7fache Erhöhung der Stimmzahl entspricht genau der allgemeinen Zunahme der Zahl der Wähler infolge der Wahlbeteiligung der Frauen, die durchschnittlich das 2,7fache beträgt. Das Zentrum hat somit seine bisherige Stärke in glänzender Weise behauptet.“ — Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt: Wir sind mit dem Ausfall der Wahl was die Württembergische Bürgerpartei anbelangt, sehr zufrieden — einen etwas günstigeren Schnitt hätten wir den Landwirtschaftsvereinigungen gewünscht.

(*) Stuttgart, 17. Jan. (Expression.) Ein Geschäftsmann in Dtroberren erhielt dieser Tage einen Brief mit der Drohung, daß er vom Spartakusbund zum Tod verurteilt worden sei, diese Strafe aber durch Zahlung von 1000 Mk. abwenden könne. In dem Brief wurde verlangt, daß das Geld mit Fahrweil am 10. Januar auf der Straße von Dtroberren nach Neumünster persönlich abzugeben sei. Wenn andere Personen verhaftet oder Wassen mitgebracht werden sollen, so werde dies unbedingte mit dem Tode bestraft werden. Der Geschäftsmann trat die Fahrt bündlich an. Der Gewerkschafter trat dem Fahrweil an der bezeichneten Stelle tatsächlich mit dem Revolver in der Hand entgegen. Ein in dem Fahrweil versteckt gehaltener Landjäger gab jedoch noch Vereinarung einen Warnschuß ab. Schnell waren andere Sicherheitsorgane, die sich in der Nähe aufhielten, an die Stelle und packten den „Spartakusbänder“ am Kragen. Während ihn der Geschäftsmann mit dem Weisheitsstiel bearbeitete, der Räuber entpuppte sich als der oft verhaftete Fabrikarbeiter Michael Schur von Memmingen.

Einbruch der Bolschewisten?

Aus Norwegen treffen Nachrichten über große Rüstungen der Bolschewisten in Rußland ein. Die einzigen Stellen, die in Rußland arbeiten, sind die Munitionsfabriken. Die Bolschewisten rüsten aus aller Kraft, um sich ihre Macht zu erhalten. Sie haben bereits eine Armee von 1 Million Mann aufgestellt und wollen sie bis zum 31. März auf 3 Millionen bringen (?). In fast allen Garnisonen wird eifrig exerziert. Die Disziplin wird mit rücksichtsloser Strenge aufrecht erhalten. Und die Bewaffnung, Bekleidung und Verpflegung der jungen Truppen ist nach übereinstimmenden Meldungen vorzüglich. Mit dieser Armee will Trotzki die bolschewistische Idee über ganz Europa verbreiten. Feindliche Armeen v. B. der Entente fürchtet man nicht, vielmehr wird damit gerechnet, daß die werbende Kraft der bolschewistischen Propaganda so groß ist, daß ½ der sich ihr gegenüberstellenden Gegner ohne weiteres kampfslos übergeben werden. Daß eine solche Armee für unsere Ostprovinzen und für ganz Deutschland eine sehr große Gefahr bedeutet, liegt auf der Hand. Geht es nach Trotzki, dann wird Deutschland wieder ganz besonders in seinen Ostprovinzen wie im Dreißigjährigen Kriege der Tummelplatz fremder Kriegsvölker. Es heißt daher, die Augen offen zu halten und mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß unserem so wie so schwer geschlagenen Vaterlande diese neue Prüfung erspart bleibt.

Daß tatsächlich Gefahr im Verzuge ist, beweisen folgende Meldungen aus Königsberg: Der Soldatenrat der deutschen Armee Liban (Kurland) erlät einen Aufruf an die Ostpreußen um Hilfe gegen die anrückende Bolschewisten-Armee, deren Angriffe man nicht erst an der Grenze erwarten dürfe, wenn man nicht Raubmord und Plünderung im Land haben wolle. Der Soldatenrat sei mit dieser Bitte um Hilfe in allen Gauen Deutschlands auf Schwierigkeiten gestoen. Es gelte, sehr schnell zwei Bataillone Ostpreußen mit voller Ausrüstung aufzustellen, wenn die Hilfe nicht zu spät kommen soll. Aus Mitau wird von zuverlässiger Seite berichtet, daß die Bolschewistenführer sich geäußert hätten, es bestehe die Absicht, bis zur deutschen Grenze vorzudringen, um sich dort mit den deutschen Spartakusleuten zu vereinigen.

Ferner teilt die Oberste Heeresleitung amtlich mit: Die vorderste Linie des freiwilligen baltischen Landheeres verläuft von Popeljan (Kowno) nach Mitau (Lithuania). Die Bahnstrecke ist bei Popeljan unterbrochen. Ein russischer Kommissär kündigte die Besetzung des Bahnhofes Kooske, 15 Kilometer östlich Kowno, durch starke russische Kräfte an, die im Vormarsch auf Kowno begriffen seien. Einer amtlichen Mitteilung der Obersten Heeresleitung über den Rücktransport unserer Truppen im Osten entnimmt die „Deutsche Tageszeitung“: In Riga sind berittene Bolschewisten eingerückt, der Güterbahnhof wurde geplündert. Die Strecke Mitau—Schaufen ist teilweise unterbrochen. Zum Bahnhofs aufgestellte Abteilungen der 8. Armee, darunter Infanterieregiment 6, verweigerten den Dienst.

Wahlzettel der Deutschen demokratischen Partei liegen von heute an für alle solche Personen, während des Wahltags im Hotel Lamm, Cafe Bechtle, Gasthaus zum wild. Mann und in der Redaktion des Freien Schwarzwälders auf, welche mit der Post keinen solchen Wahlzettel erhalten haben; sie werden bei genannten Stellen bereitwillig abgegeben.

Auch in der Nähe der Wahlräume sind Stimmzettel aller Parteien unter amtlicher Aufsicht stehend, erhältlich. Das Wahlbüro der Deutsch demokratischen Partei befindet sich morgen wieder im Hotel gold. Lamm.

Druck und Verleger B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Wähler!

Wählerinnen!

Der Stimmzettel der Deutschen demokratischen Partei

für die Wahlen am 19. Januar 1919 beginnt mit dem Namen

Payer

Gibt nur diesen Stimmzettel ab, der alle Kandidaten umfaßt.

Gibt den Stimmzettel ungeändert ab.

Schreibt vor allem keinen Namen von einer anderen Liste darauf, da dies den ganzen Zettel ungültig macht.

Württembergische Frauen!

Wir müssen in der deutschen Nationalversammlung eine Vertreterin unseres Geschlechts haben, eine Frau welche durch ihr bisheriges Wirken und ihre warmherzige Weiblichkeit eine Gewähr dafür bietet, daß unsere Fraueninteressen gut und würdig vertreten sind.

Die Art der Aufstellung der Wahlvorschläge zur Nationalversammlung bringt es mit sich, daß

von sämtlichen Parteien nur eine einzige württembergische Frau

unsere Kandidatin

Fräulein Mathilde Plank

die bekannte Führerin der württembergischen Frauenbewegung, die Möglichkeit hat, in die Nationalversammlung gewählt zu werden.

Wie hoch unsere Partei die Mitarbeit der Frau in den Parlamenten bewertet, hat sie im Gegensatz zu allen anderen Parteien dadurch bewiesen, daß sie fünf Frauen in die württembergische Landesversammlung entsendet hat; während alle anderen Parteien die Frauen entweder überhaupt nicht oder lange nicht in diesem Maße berücksichtigt haben.

Alle die Fragen aber, welche für uns Frauen von besonderer Bedeutung sind werden in der Nationalversammlung gelöst.

Friedens- und Völkerverbindungen, Ernährungsfragen, Frauenwahlrecht, soziale Fürsorge (für Kriegserwitwen u. Waisen, Mutter und Kind, Wohnungswesen).

Hier darf eine unserer Frauen an der Seite der Männer nicht fehlen;

Es handelt sich hier nicht um Klassengegensätze, nicht um Unterschiede in der Konfession.

Hier handelt es sich einzig und allein um die Vertretung der Frauen.

Württembergische Frauen! Gebt alle am 19. Januar Eure Stimme

Fräulein Mathilde Plank.

Werbet unter allen Umständen für diese Wahl denn es ist Ehrensache, daß auch eine württembergische Frau in die Nationalversammlung einzieht.

Deutsche demokratische Partei.

Frauengruppe.

Mitbürger und Mitbürgerinnen!

In **Kottweil** versteigt sich ein gegnerisches Inserat zu der falschen Nachrede, die Deutsche demokratische Partei begehe Verrat am Bürgertum, den sie habe einen Zusammenschluß des **Linksblocks** der Sozialdemokratie und Demokratie geplant und verkündet.

Das ist eine fette Wahllüge!

Die Deutsche demokratische Partei ist wie im Wahlkampf, so in der Landesversammlung und Nationalversammlung stolz auf ihre Selbstständigkeit durch die sie ausgeschlaggebend ist und bleibt: Aber der **Kottweiler** schwätzt aus der Schule und verkündet:

Es wird sich im Reich ein starker Rechtsblock bilden.

Wähler und Wählerinnen

Die Bürgerpartei und das Zentrum wollen sich künftig verbinden.

Merkt ihr wohin der Weg geht?

Jetzt ist die Deutsche demokratische Partei erst recht unentbehrlich, um gerecht die Wage zu halten zwischen Rechtsblock und Sozialdemokratie.

Ihre Lösung ist

der freie Bürger im freien Staat.

Darin ruht trotz Schmähung von rechts und links die sich steigende Jugendkraft der

Deutschen demokratischen Partei.

Aus dem Felde zurück, habe ich meine Berufstätigkeit wieder aufgenommen.

Meine Kanzlei befindet sich:

Königstr. 11 1St. Telefon 10030

Rechtsanwalt

Dr. H. Zürnendorfer, Stuttgart.

Dr. med. Paul Barchet

Stuttgart.

Spezialarzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe

hat als Nachfolger von Hrn. Sanitätsrat Dr. Schaller die Leitung der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung der Diakonissenanstalt Bethesda übernommen.

Anfragen sind vorläufig zu richten an Bethesda, Hohenheimer Strasse 21-23, Telefon Nr. 4674.

Widdbad, den 18. Januar 1919.



Dankssagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme, an dem uns so schwer betroffenen Verluste meines unvergeßlichen Mannes, unseres lieben Vaters, Bruders Schwagers und Onkels

Karl Horkheimer

Gipser

die wir in so großen Maße erfahren durften, insbesondere für die vielen Kranzspenden, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, der verehrlichen Feuerwehr, den Schulkameraden und den Herrn Trägern der Bergbahn, sowie allen welchen ihn während seiner Krankheit erfreuten und erquickten und ihn zur letzten Ruhe begleiteten, sagen wir alle auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Emilie Horkheimer, geb. Groß mit ihren 6 Kindern.



Todes-Anzeige

In tiefem Leid machen wir Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß auch unser zweiter lieber, braver, unvergeßlicher Sohn

Unteroffizier

Albert Müller

Inh. des eis. Kreuzes 2. Kl. und der kgl. Verdienstmedaille.

im Alter von 26 Jahren, nachdem er den ganzen Feldzug als wackerer Soldat mitgemacht hat, und sich auf dem Wege zur Heimat befand, auf deren Wiedersehen er sich überaus freute, infolge einer Lungenentzündung nach kurzem Krankheitslager im Lazarett in Nikolajew in Rußland aus dem Leben entzogen wurde.

Um stille Teilnahme bitten die tieftrauernden Eltern:

Ingführer Georg Müller und Frau

die Geschwister:

Fritz, Karl und Anna Müller

die Braut:

Häse Walter.

Beriffene Strümpfe

und Socken jeder Art werden

in 14 Tagen tadellos repariert, brauchbar wie neu

Paar Mk. 1.30,

Ganze Strümpfe aus Trikotmaterial Mk. 1.75

Albert Gypss, König-Karlstraße 68.

Achtung Soldaten!

Alle Arten Uniformstücke, bez. Einheitsmäntel, Hosen, usw. Militärteppiche werden in allen Farben unter billigster Berechnung bei schnellster Bedienung gefertigt.

Gleichzeitig empfehle ich mich dem geehrten Publikum im Färber von sämtlichen Kleidungsstücken.

Färberei Max Hübemann,
Freudenstadt-Christophstal.

Annahmestelle in Widdbad bei Herr August Weidlich Schneidermeister.

Druck-Arbeiten jeder Art

liefert rasch und billig

B. Hofmannsche Buchdruckerei.

Bauern! Aufgepaßt vor Bauernfang!

Die Wahl hat im ganzen Land jedermann gezeigt, daß die Bauern sich abwenden vom Bauernbund und die falschen Propheten erkannt haben. Diese wollen jetzt die Schuld abwählen. Sie lügen bis zum letzten Flugblatt.

Für die Zwangswirtschaft sind alle Parteien zur Abwendung der Hungersnot eingetreten.

An den hohen Kriegspreisen habe alle Produzenten in Stadt und Land teilgenommen, auch die Großgrundbesitzer. Der Grund und Boden ist mehr wert geworden. Es sind viele Hypotheken heimbezahlt.

Die rücksichtslose Steuerfassung der Kriegsgewinne hat gerade die Demokratie verlangt.

Payer, Hausmann und Liesching

Die Führer haben für Volk und Staat in Krieg und Frieden mehr geleistet als alle Bauernbund-Führer zusammengekommen und waren im Unterschied zu den Bauernbund-Führern gegen die grundsätzliche Kriegsverlängerung.

Die Viehpreise werden durch den Viehmangel der Welt hoch bleiben.

Die Oberbauernbündler haben eine

schlechte, verblendete, konservative Adelspolitik gemacht,

die die Schuld am Krieg, am späten schlechten Frieden und an der Revolution trägt.

Deshalb hat der Hohenloher Bauer recht, der gesagt hat: Wir sind keine Sozialdemokraten, auch keine Bauernbündler mehr, wir lassen uns nicht mehr an der Nase herumführen.

unsere Oberbauernbündler sind die allergrößten Schwindler

ich wähle die

Deutsche demokratische Partei.

Freiwillige Versteigerung.

Am Montag, 20. ds. von vorm. 9 Uhr ab wird der Nachlaß der verst. Gebauer, Holzhauers Witw. hier in deren früheren Wohnung, Hauptstr. 111 öffentlich gegen sofortige Barzahlung versteigert.

Der Nachlaß besteht aus Bettladen, 1 Sofa, 1 Kästchen, Tische, Nacht- und Waschtische, Stühle 1 Komode, Kleiderständer, Nähmaschine, Regulator, Weckeruhr, 1 Gasherd, 2 elektr. Lampen, 1 Faß 150 Ltr., 3 einhalb Mtr. Buchenholz, 3 Ztr. Cocks, verschiedene Frauenkleider, verschiedene Küchengeräte und allerlei Hausrat.

Kauflichshaber sind eingeladen.

Am Montag, 20. Jan. abends 7 Uhr findet

im Gasthaus zur alten Linde

eine

Wspreehung

zwecks Zusammenschluß der hiesigen Gesang-Vereine statt und werden die Säger des Siederkranzes, des Turnvereins und des Militärvereins, sowie alle fangesfreudigen, stimmbegabten Männer hiezu eingeladen.

J. A.
H. Schweizer, Reallehrer, Wilhelm Eitel
Carl Hometsch.

Zur Nationalversammlung

Wähler und Wählerinnen!!

Nachdem zahlreiche bürgerliche Wähler und Wählerinnen bei den Wahlen zur Landesversammlung ihre Schuldigkeit für die Demokratie getan haben,

bekannt die Demokratie Farbe

und verkündet in ihren Blättern einen Zusammenschluß des Linksblocks, der Sozialdemokratie und Demokratie, gegenüber der angeblichen „Reaktion“. Diesem Schlagwort zuliebe begehrt die Demokratie

Verrat am Bürgertum,

das sich ihr gutgläubig anvertraut hat. Die Antwort wird das Bürgertum bei den kommenden Wahlen zu geben wissen!

Gegenüber dem Linksblock bildet sich im Reiche

ein starker Rechtsblock,

bestehend aus der Deutschen Volkspartei (Richtung Stresemann) und der Deutschnationalen Volkspartei, dem alle die angehören, die für ruhige, gesetzmäßige Fortentwicklung unseres Staatslebens eintreten und das deutsche Volk schützen wollen vor verderblichen Experimenten der Revolution. Diesem Rechtsblock treten auch

die Abgeordneten der Bürgerpartei

und des Bauernbundes bei. Die Behauptung der Demokratie, die Abgeordneten der Bürgerpartei werden im Reiche ohne Einfluß sein, ist falsch. Im Gegenteil, nur ihre Stimmen fallen voll und ganz ins Gewicht zur Vertretung der

**wahren Interessen des Bürgertums
und des Bauernstandes**

Laßt euch nicht irreführen! Wie am 12. Januar
gilt es auch am
19. Januar mit allen Stimmen einzutreten für die

Württembergische Bürgerpartei

und den

Württembergischen Bauernbund

Nationalliberale!!

Irreführend wird behauptet:

Die Nationalliberalen seien geschlossen zur Demokratischen Partei übergegangen.

Das ist falsch

Von 119 nationalliberalen Abgeordneten im Reichstag und preußischen Landtag haben sich

nur 23

der Demokratischen Partei angeschlossen.

Von 45 nationalliberalen Abgeordneten des Reichstages stehen

nur 5

auf den Vorschlagslisten der deutsch-demokratischen Partei im Reiche.

Die selbständig gebliebenen Nationalliberalen der

Stresemanngruppe

und die deutschnationale Volkspartei haben sich in einer Listenverbindung zusammengeschlossen.

Den Bewerbern der Württembergischen Bürgerpartei und des Weingärtner- und Bauernbundes ist der Anschluß an diese beiden Richtungen freigestellt.

Nach den Ergebnissen der Landesproporzwahl ist die Wahl unseres Parteifreundes

W. Weitbrecht, Gemeinderat in Stuttgart

der an dritter Stelle der Bürgerpartei steht, sichergestellt, wenn ebenso abgestimmt wird wie das letztmal.

Laßt Euch nicht irreführen

durch die Behauptung der Demokratie, eine Stimmabgabe für die Bürgerpartei habe keinen Zweck. Das Gegenteil ist richtig.

Viele frühere Nationalliberale